

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. März 1954

153/J

Anfrage

der Abg. Dr. M i g s c h, W e i k h a r t, P r o k s c h und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Austritt der Steyrermühl A.G. aus dem Papierkartell.

-.-.-.-.-

An der Steyrermühl A.G. ist der Sozialistische Verlag mit 40 Prozent beteiligt. Je weitere 26 Prozent der Aktien befinden sich im eigenen Besitz der Creditanstalt und der Länderbank, die daher auch die Mehrheit im Aufsichtsrat besitzen. Die Aufsichtsratsmitglieder des Sozialistischen Verlages haben in der letzten Aufsichtsratssitzung den Antrag gestellt, die Steyrermühl A.G. möge aus dem Papierkartell austreten, um damit die die österreichische Volkswirtschaft schädigenden Papierpreiserhöhungen zu erschweren. Dieser Antrag wurde jedoch von der Mehrheit im Aufsichtsrat, welche von den Vertretern der beiden verstaatlichten Banken gestellt wird, niedergestimmt.

Es erscheint unverständlich, dass auf der einen Seite die Regierung geschlossen gegen die Preistreiberei des Papierkartells Stellung nimmt und auf der anderen Seite Organe der dieser Regierung unterstehenden verstaatlichten Banken eine wirksame Bekämpfung der Papierpreistreiberei ablehnen.

Die gefertigten Abgeordneten wollen bis zum Beweis des Gegenteiles annehmen, dass die Haltung der Vertreter der verstaatlichten Banken nur auf einen Mangel an Weisungen zurückzuführen war. Sie stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrages

Ist der Herr Bundesminister bereit, in Ausübung des ihm aus dem Aktiengesetz zustehenden Rechtes die Aufsichtsratsmitglieder der verstaatlichten Banken zu beauftragen, dafür zu sorgen, dass ihre Vertreter im Aufsichtsrat und im Vorstand der Steyrermühl A.G. mit den Vertretern des Sozialistischen Verlages für den Austritt der Steyrermühl A.G. aus dem Papierkartell stimmen?

-.-.-.-.-